

Petition

Petition an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein

Verfasser der Petition

Zoomer-Stamm, vertreten durch die Herren Lorenz Benz,
Viktor Büchel,

Cyril Deicha,

Normann Marxer,

Adi Noventa,

Fritz Ospelt,

Gert Risch,

Hans Werner Ritter,

Reinhard Walser,

Zweck unseres Postulats

Der Landtag möge die Regierung beauftragen, alle Möglichkeiten zu prüfen und entsprechende Konzepte und Massnahmen vorzuschlagen, damit Liechtenstein stromtechnisch in Zukunft nicht mehr vom Ausland abhängig sein wird. Dabei darf es im Sinne der Petitionäre keine Tabu-Technologien geben. Auch sollte die Verantwortlichkeit geklärt werden.

Begründung

Strom ist Herz und Lunge unserer Wirtschaft. Und dadurch der entscheidende Faktor für unseren heutigen Wohlstand und unsere Zukunftsentwicklung.

Hintergrund-Informationen

Liechtenstein benötigt jährlich 400 GWh Strom. 80% gehen in die Industrie, die Dienstleister und die Gemeinden. 20% an Private und Gewerbe. Die eigenverantwortlich produzierte Strommenge beträgt ca. 30% des jährlichen Bedarfs. Rund 70% werden aus dem Ausland bezogen.

Die benötigte Strommenge von 400 GWh dürfte sich in Zukunft erhöhen. Die Gründe sind die zunehmende Automatisierung, die Digitalisierungen in allen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft sowie die geplanten Verbote für den Einsatz fossiler Energien. Internationale Studien gehen davon aus, dass der Strombedarf bis 2050 sich zwischen 50% (eher Schweiz) und 100% (eher Deutschland) steigern wird.

Auch die - gemäss Liechtensteins Energiekonzept 2030 - geplante Steigerung der eigenen Energie-Produktion und die vorgesehenen Energie-Einsparungen werden gerade mal den Zuwachs abdecken und bei weitem nicht genügen, dass wir autark sein werden. Die LKW rechnen damit, dass wir auch 2030 eine Auslandsabhängigkeit von 70% haben werden.

Einerseits rechnet man mit einer enormen Zunahme des Strombedarfs in den nächsten Jahrzehnten. Und andererseits zeichnet sich in Europa eine drastische Stromknappheit ab. Die Abschaltung wichtiger Stromproduktionen und - im Fall der Schweiz - das Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU verschärfen die Situation. So identifiziert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz eine „Strommangellage“ als grösstes Risiko für die Schweiz und Herbert Saurugg, der international führende Blackout- und Krisenvorsorge-Experte rechnet mit einem grossflächigen Stromausfall in Europa in den nächsten Jahren.

Und Liechtenstein? Es wäre für unser Land wohl unrealistisch, dass wir bei einer stromtechnischen „Insolvenz“ Europas davon ausgehen könnten, ausreichend sicheren und zuverlässigen Strom vom Ausland zu angemessenen Bedingungen beziehen zu könnten.

Eine autarke Stromproduktion ist daher für Liechtenstein eine existentielle Notwendigkeit. Wirtschaft und Bevölkerung müssen sich langfristig auf eine sichere und zuverlässige Stromversorgung verlassen können. Gleichzeitig sollte geklärt werden, wer für die Stromsicherheit hauptverantwortlich zuständig ist. Gemäß der Eignerstrategie des Ministeriums liegt diese Verantwortung ausschließlich bei den LKW. Wir sind der Meinung, dass diese für unser Land existentielle Verantwortung nicht delegierbar ist. Hier ist die Politik gefragt: Regierung und Landtag.

Die gleiche Diskussion belebt zurzeit die Schweiz. Bundesrätin Simonetta Sommaruga meinte erst kürzlich im Fernsehen, die Verantwortung für die Stromsicherheit liege bei der Energiewirtschaft. Politiker und Experten sehen dies anders und kritisieren die Bundesrätin heftig. Der St. Galler Professor Peter Hettich meint in diesem Zusammenhang zynisch „Stell dir vor, es ist Blackout, und niemand ist schuld“ und fordert, dass der Bundesrat explizit in der Verantwortung stehen müsse.

Vaduz, 16. Februar 2022

Reinhard Walsér, Vertreter des Zoomer-Stamms